

Schauhoff / Mehren
Stiftungsrecht nach der Reform

Stiftungsrecht nach der Reform

Herausgegeben von
Prof. Dr. Stephan Schauhoff
und
Judith Mehren

Bearbeitet von
Prof. Dr. Hans Fleisch, Stephanie Gies, Dr. Mathis Kampermann,
Dr. Christian Kirchhain LL. M., Dr. Eva-Maria Kraus, Dr. Caroline Krezer,
Judith Mehren, Timur Nayin, Dr. Christian von Oertzen, Oliver Rohn †,
Prof. Dr. Stephan Schauhoff, Dr. Tanja Schienke-Ohletz, Dr. Verena Staats,
Dr. Philipp Windeknecht

2., aktualisierte und ergänzte Auflage

2024



beck.de

ISBN 978 3 406 81264 4

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Ein wesentliches Ziel der vom Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V. initiierten, im Jahr 2014 mit der Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Stiftungsrecht“ begonnenen und im Juni 2021 endlich verabschiedeten Reform des Stiftungszivilrechts war die Vereinheitlichung des Stiftungszivilrechts. Bis zum 30.6.2023 war dieses auf die Regelungen im BGB und die 16 Landesstiftungsgesetze der Bundesländer aufgeteilt. Inwiefern das gestiftete Vermögen dauerhaft zu erhalten ist, welchen Handlungspflichten die Stiftungsorgane unterliegen und unter welchen Voraussetzungen Satzungsänderungen beschlossen werden dürfen, fand sich – mit zum Teil unterschiedlichem Gesetzeswortlaut – in dem für die jeweilige Stiftung geltenden Landesstiftungsgesetz. Wie diese landesgesetzlichen Regelungen unter Berücksichtigung der Vorgaben des BGB auszulegen sind, war im Detail häufig umstritten und damit rechtsunsicher. Dies wurde auch bei der Evaluation des praktisch angewandten Stiftungsrechts durch die Bund-Länder-Arbeitsgruppe festgestellt, ein wesentliches Motiv der Bundesregierung für die Durchführung des Reformprozesses.

Seit 1.7.2023 gilt nun endlich für sämtliche Stiftungen des bürgerlichen Rechts – Ewigkeitsstiftungen sowie Verbrauchsstiftungen, gemeinnützige und privatnützige Stiftungen – bundesweit ein einheitliches Stiftungsrecht, mit dem viele Streitfragen geklärt wurden. Wesentlich war, ist und bleibt für den Rechtsrahmen einer Stiftung der in der Satzung niedergelegte individuelle Wille der jeweiligen Stifterin oder des jeweiligen Stifters. Nicht der aktuelle Wille, sondern der Wille, wie er bei Stiftungerrichtung bestand, zählt. Dieser kann entsprechend den mutmaßlichen Erwägungen des Stifters durchaus fortentwickelt werden. Stifterinnen und Stifter sind nicht an der starren Aufrechterhaltung einmal niedergelegter Formulierungen interessiert. Sie wollen eine sich weiter entwickelnde Stiftung, die die gesetzten Aufgaben, die Stiftungszwecke, bei ungeschmälertem Erhalt des gestifteten Grundstockvermögens dauerhaft erfüllt oder als Verbrauchsstiftung im gesetzten Zeitrahmen agiert. Die Stiftungsorganisation kann je nach Überzeugung der Stifterin oder des Stifters ganz unterschiedlich ausgestaltet werden und darf regelmäßig zur optimalen Aufgabenerfüllung weiterentwickelt werden. Das geänderte Stiftungsrecht im BGB gibt in Bezug auf die dauerhafte Erhaltung des Grundstockvermögens, die Verantwortlichkeit der Organe und die Zulässigkeit von Satzungsänderungen viele Auslegungshilfen für die individuelle Satzung. Dabei wird differenziert zwischen zwingenden rechtlichen Vorgaben und Gestaltungsmöglichkeiten in der Satzung, der Auslegung typischer Satzungsregelungen und Bereichen, in denen den Stiftungsorganen nach der Satzung Ermessensspielräume zustehen sollen.

Hinzu kommt, dass nach jahrzehntelanger Diskussion zum 1.1.2026 ein bundesweites Stiftungsregister mit Publizitätswirkung eingeführt wird. Sämtliche Stiftungen sind ab dann zur Eintragung in das Stiftungsregister anzumelden und haben fortan einen Namenszusatz zu führen. Dies wird den Stiftungen das rechtsgeschäftliche Handeln deutlich erleichtern. Die Aufsichtsbehörden, die bislang in erheblichem Maße mit der Ausstellung von Vertretungsbescheinigungen beschäftigt waren, werden die wesentlichen Aufgaben, die Begleitung der Errichtung oder Strukturänderungen von Stiftungen sowie die Überwachung der Stiftungen, ob diese im Einklang mit dem jeweiligen Stifterwillen verwaltet werden, zeitnäher erledigen können.

Inzwischen haben fast alle Bundesländer ihr jeweiliges Landesstiftungsgesetz an die geänderte Gesetzeslage angepasst, das materielle Stiftungsrecht, welches fortan im BGB abschließend geregelt ist, aus dem Landesgesetz herausgenommen und sich auf Regelungen zur Anerkennung sowie Aufsicht beschränkt. Allerdings muss festgestellt werden, dass sich viele Landesstiftungsgesetze in ihren Detailregelungen unterscheiden, so dass das von der

Bund-Länder-Kommission und vom Bundesgesetzgeber erklärte Ziel der Vereinheitlichung des Stiftungsrechts leider ein Stück weit konterkariert wird. Dies betrifft unter anderem die Vorschriften über die Rechnungslegung und Prüfung der Jahresrechnung und die Einschränkungen der staatlichen Stiftungsaufsicht über „private“ bzw. Familienstiftungen, die die meisten Bundesländer festgeschrieben haben, obwohl das BGB eine Aufsicht durch die Stiftungsbehörden über alle Stiftungen ungeachtet ihrer jeweiligen Zwecksetzung vorsieht.

Dieses Werk soll Leserinnen und Lesern einen umfassenden und praxisgerechten Einblick in das Stiftungsrecht sowie den rechtlichen Handlungsrahmen für Stiftungen und ihre Organe geben, gegliedert in einzelne Themenbereiche wie aus der Inhaltsübersicht deutlich wird. Mit der 2. Auflage wurde das Werk nicht nur aktualisiert und die seit Verabschiedung der Stiftungsrechtsreform in Wissenschaft und Praxis diskutierten Fragestellungen berücksichtigt. Es wurde auch um wichtige Kapitel zu stiftungsrechtlichen Rechtsstreitigkeiten (Kapitel 10), zur Rechnungslegung und Prüfung von Stiftungen (Kapitel 11), zu privatnützigen (Familien-)Stiftungen (Kapitel 12) sowie zu kommunalen, kirchlichen und Stiftungen des öffentlichen Rechts (Kapitel 13) erweitert. Die ganz überwiegende Anzahl der rechtsfähigen Stiftungen ist gemeinnützig, so dass das in der Praxis wichtige Verhältnis von Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht in den einzelnen Kapiteln erörtert wird. Das eigens für Familienstiftungen neu hinzugekommene Kapitel trägt der wachsenden Nachfrage nach privatnützigen Stiftungen Rechnung und stellt insbesondere die steuerlichen Besonderheiten dieser Stiftungsart dar.

Stiftungen sind verselbständigte Vermögen, mit dessen Erträgen ein bestimmter Zweck erfüllt werden soll und die sich selbst verwalten. Den Stifterinnen und Stiftern sollte bei der Errichtung der Stiftung bewusst sein, dass vor allem durch die Stiftungsorgane selbst der Einklang der Stiftungsverwaltung mit den Satzungsvorgaben herzustellen ist. Die Stiftungsaufsicht wird vertretbare Auslegungen der Satzung akzeptieren und nur selten Aufsichtsmaßnahmen ergreifen. Dritte, die selbst nicht Organmitglied sind, haben praktisch kaum eine Möglichkeit, eine Stiftungsverwaltung oder Satzungsänderung im Widerspruch zu den Stiftervorgaben zu rügen, es sei denn die Satzung räumte ihnen Sonderrechte ein. Das Werk wendet sich an alle, die in Stiftungen tätig sind oder Verantwortung tragen, eine neue Stiftung errichten wollen oder sich in Behörden, bei Gericht, in der Wirtschaftsprüfung, in den Kommunen oder Kirchen oder in der Wissenschaft mit Stiftungen beschäftigen. Bewusst ist es auch für Leserinnen und Leser ohne vertiefte juristische Kenntnisse im Stiftungsrecht verfasst, denn wesentlich für die Qualität des Stiftungsrechts ist nicht nur, was in der jeweiligen Norm steht, sondern dass den jeweiligen Rechtsanwendern der Inhalt des Rechts bewusst ist. Deswegen werden die Fragestellungen nicht als Kommentierung zu den einzelnen Normen, sondern zusammenhängend erörtert.

Da durchweg die Rechtslage dargestellt ist, wie sie seit dem 1.7.2023 bzw., soweit das Stiftungsregister betroffen ist, zum 1.1.2026 sein wird, sind die zitierten Vorschriften des BGB jeweils in der neuen Fassung zu verstehen. Sofern ausnahmsweise auf (noch) vorher geltendes Recht Bezug genommen wird, ist dies besonders gekennzeichnet. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet und überwiegend nur das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten natürlich gleichermaßen für alle Geschlechter.

Herausgegeben wird das Werk in Zusammenarbeit von Flick Gocke Schaumburg Partnerschaft mbB mit Standorten in Bonn, Frankfurt, Berlin, München, Hamburg, Stuttgart und Düsseldorf und dem Bundesverband Deutscher Stiftungen. Stephan Schauhoff hat diese Reform als Vorstand des Bundesverbands Deutscher Stiftungen seit 2011 und aufgrund seiner praktischen Erfahrungen als Rechtsanwalt und Partner von Flick Gocke Schaumburg viele Jahre intensiv begleitet. Auf Seiten des Bundesverbands Deutscher Stiftungen hat u. a. unser ehemaliger Mitautor Oliver Rohn viele Jahre zahlreiche Stiftungen beraten und Impulse zur Verbesserung des Stiftungsrechts gesetzt. Kurz vor Fertig-

stellung der 1. Auflage dieses Werks ist er unerwartet verstorben. Wir danken ihm für sein großes Engagement für das Stiftungswesen. Wir danken aber auch Verena Staats, der Justitiarin des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, dass sie das Kapitel von Oliver Rohn – Grundzüge der Stiftungsaufsicht – übernommen und unter Berücksichtigung des in nahezu allen Bundesländern mittlerweile geänderten Stiftungsrechts deutlich vertieft hat. Während der Bundesgesetzgeber mit dem neuen Stiftungsrecht vorbildlich für eine Rechtsvereinheitlichung und damit Entbürokratisierung gesorgt hat, wollten die Bundesländer leider nicht auf jeweils eigene Formulierungen für das Aufsichtsrecht verzichten, weswegen in diesem Kapitel nun ein Flickenteppich von Regelungen dargestellt werden muss. Hoffen wir, dass sich wenigstens die Rechtspraxis der Bundesländer durch wechselseitigen Austausch unter ihnen angleicht, ungeachtet unterschiedlicher Wortlautfeinheiten.

Wenn auch nicht alle Wünsche des Bundesverbands, der Wissenschaft und Praktiker, auch der Autoren und Herausgeber, für ein modernes Stiftungsrecht wahr geworden sind, so ist die Reform doch ein deutlicher Schritt in die richtige Richtung. Damit kann das Stiftungswesen auch in den nächsten Jahrzehnten weiterhin blühen und gedeihen. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen vertritt die Interessen der inzwischen mehr als 25.700 rechtsfähigen Stiftungen in Deutschland gegenüber Politik und Öffentlichkeit, deren Anzahl sich in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelt hat. Mit über 4.300 Mitgliedern ist er der größte und älteste Stiftungsverband in Europa. Die einzelnen Kapitel wurden durchweg von Autoren verfasst, die sich durch langjährige und umfassende Praxiserfahrungen auf dem Gebiet des Stiftungswesens auszeichnen. Sie sind bzw. waren für den Bundesverband Deutscher Stiftungen oder für Flick Gocke Schaumburg tätig und beraten fortlaufend Stiftungen in sämtlichen Rechtsfragen, insbesondere dem Stiftungs-, Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht.

Wir hoffen, dass dieser Band allen, die für Entscheidungen in und über Stiftungen Verantwortung tragen, eine nützliche Hilfe sein wird. Für jede Anregung und Kritik sind wir dankbar und nehmen diese gerne entgegen.

Bonn/Berlin, im Juni 2024

Stephan Schauhoff und Judith Mehren

Herausgeberin, Herausgeber, Autorinnen und Autoren

Herausgeberin, Herausgeber

Prof. Dr. Stephan Schauhoff

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht

Assoziierter Partner Flick Gocke Schaumburg, Bonn

Judith Mehren

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Steuerrecht, Steuerberaterin

Partnerin Flick Gocke Schaumburg, Bonn

in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Hans Fleisch,

Rechtsanwalt

Of Counsel Flick Gocke Schaumburg, Berlin

Kapitel 2

Stephanie Gies

Dipl.-Volkswirtin, Steuerberaterin, Wirtschaftsprüferin

Flick Gocke Schaumburg, Bonn

Kapitel 11

Dr. Mathis Kampermann

Rechtsanwalt

Flick Gocke Schaumburg, Bonn

Kapitel 5

Dr. Christian Kirchhain LL.M.

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Steuerberater

Partner Flick Gocke Schaumburg, Bonn

Kapitel 9

Dr. Eva-Maria Kraus

Rechtsanwältin, Steuerberaterin

Partnerin Flick Gocke Schaumburg, Bonn

Kapitel 6, F–G.

Dr. Caroline Krezer

Rechtsanwältin

Flick Gocke Schaumburg, Hamburg

Kapitel 10

Judith Mehren

Kapitel 7 und 12

Timur Nayin

Rechtsanwalt

Flick Gocke Schaumburg, Bonn

Kapitel 13

Dr. Christian von Oertzen

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht

Partner Flick Gocke Schaumburg, Frankfurt a. M.

Kapitel 14

Oliver Rohn †

Rechtsanwalt (in der ersten Auflage)

Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V., Berlin

Kapitel 8

Prof. Dr. Stephan Schauhoff

Kapitel 1

Dr. Tanja Schienke-Ohletz

Rechtsanwältin, Steuerberaterin

Partnerin Flick Gocke Schaumburg, Frankfurt a. M.

Kapitel 3 und 4

Dr. Verena Staats

Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)

bis 31.7.2024 Bundesverband Deutscher Stiftungen, Berlin;

seit 1.8.2024 Deutscher Verein für öffentliche und private

Fürsorge e.V.

Kapitel 8

Dr. Philipp Windeknecht

Rechtsanwalt, Steuerberater, Maître en droit

Partner Flick Gocke Schaumburg, Frankfurt a. M.

Kapitel 6, A.–E.

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Herausgeberin, Herausgeber, Autorinnen und Autoren	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungen und Literatur	XXIII
Kapitel 1. Reform des Stiftungsrechts	1
Kapitel 2. Stiftungstypen	23
Kapitel 3. Errichtung der Stiftung	41
Kapitel 4. Stiftungsregister und stiftungsrechtliche Publizität	61
Kapitel 5. Stiftungszweck	77
Kapitel 6. Stiftungsorganisation	103
Kapitel 7. Stiftungsvermögen und Erträge	143
Kapitel 8. Grundzüge der Stiftungsaufsicht	185
Kapitel 9. Satzungs- und Strukturänderungen	205
Kapitel 10. Die Stiftung im Rechtsstreit	249
Kapitel 11. Rechnungslegung und Prüfung von Stiftungen	269
Kapitel 12. Familienstiftungen und privatnützige Stiftungen	299
Kapitel 13. Kommunale, Kirchliche und Stiftungen des öffentlichen Rechts	313
Kapitel 14. Internationales Stiftungsrecht	327
Anhang	337
Sachverzeichnis	353

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Herausgeberin, Herausgeber, Autorinnen und Autoren	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungen und Literatur	XXIII

Kapitel 1. Reform des Stiftungsrechts	1
A. Einführung	1
B. Stiftungsrecht nach der Reform	4
I. Der Reformprozess	4
1. Reformnotwendigkeit	4
2. Die Bund-Länder-Kommissionen und der Professorenentwurf ..	5
3. Vom Referentenentwurf zum Gesetzesbeschluss	6
4. Wille des Gesetzgebers für die Gesetzesauslegung	8
5. Notwendige Änderungen der Landesstiftungsgesetze	9
6. Inkrafttreten und Vorwirkung	11
II. Überblick über die Gesetzesänderungen	12
1. Definition der Stiftung	12
2. Stifterwille	13
3. Stiftungszweck	14
4. Kapitalerhalt oder Verbrauch	15
5. Vermögensanlage und Organhandeln	16
6. Satzungsänderungen	17
7. Strukturänderungen	18
8. Stiftungsregister und Namenszusatz	19
C. Weitere Reformnotwendigkeiten	19
I. Verpasste Reformschritte	19
II. Ausgestaltung der Stiftungsaufsicht	21
Kapitel 2. Stiftungstypen	23
A. Einleitender Überblick	23
B. Rechtsfähige Stiftung	23
I. Rechtsfähigkeit und „Vorstiftung“	23
II. Gemeinwohlkonformität und Fremdnützigkeit	23
III. Gemeinnützige Stiftung	23
1. Begriff der Gemeinnützigkeit	23
2. Bedeutung des Gemeinnützigkeitsrechts für die Satzungsauslegung	24
3. Grundzüge der gemeinnützigen Regelungen	24
a) Allgemeinheit	24
b) Ausschließlichkeit, Selbstlosigkeit und Unmittelbarkeit	25
aa) Ausschließlichkeit	25
bb) Selbstlosigkeit	26
cc) Unmittelbarkeit	29
c) Ausstieg aus der Gemeinnützigkeit?	29
IV. Familienstiftung	30

V. Hybride bzw. gemischte Stiftung	31
1. Begriffliches	31
2. Gestaltung gemischter nicht steuerbegünstigte (Familien-) Stiftungen	31
VI. Doppel-Stiftung	32
VII. Unternehmensverbundene Stiftung	32
1. Begriff	32
2. „Verdeckte Selbstzweckstiftung“?	33
3. Besteuerung	33
VIII. Anstaltsträgerstiftung	34
IX. Stiftung des öffentlichen Rechts	34
1. Der Staat als Stifter	34
2. Begriff der Stiftung des öffentlichen Rechts und der öffentlichen Stiftung	34
X. Kirchliche Stiftung	35
XI. Kommunale und örtliche Stiftung	35
XII. Bürgerstiftung	36
1. Begriff	36
2. Errichtung und Gestaltung	36
3. Bedeutung für den Stiftungssektor	36
C. Besonderheiten bei der unselbständigen Stiftung	36
I. Definition und Überblick	36
II. Errichtung und Gestaltung	37
III. Steuersubjekt	38
IV. Änderungen nach Errichtung	39
V. Beendigung	39
Kapitel 3. Errichtung der Stiftung	41
A. Wesen der Stiftung	41
I. Stiftungszweck und Stiftungsvermögen	41
1. Stiftungszweck	41
2. Stiftungsvermögen	42
II. Zeitdauer der Stiftung	44
III. Stifterwille und Änderungskompetenzen	45
1. Prägende Bestimmung	47
2. Änderungskompetenz in der Satzung	47
B. Stiftungsgeschäft	48
I. Stiftungsgeschäft unter Lebenden	48
1. Formerfordernis des Stiftungsgeschäfts	48
2. Widerruf	50
II. Stiftung von Todes wegen	50
1. Verhältnis zur Testamentsvollstreckung	51
2. Auslegung des Stiftungsgeschäfts	52
C. Stiftungssatzung	52
I. Name und Rechtsformzusatz	52
II. Sitz	53
III. Zweck – Gemeinnützigkeitsrechtliche Erfordernisse	54
IV. Rechtsstellung der Destinatäre	54
1. Grundsätze	54
2. Anspruch auf Stiftungsleistungen?	55
V. Rechtsstellung des Stifters	55
VI. Stiftungsvermögen	56

VII. Organisation	56
VIII. Satzungsänderung, Auflösung, Aufhebung und Vermögensanfall ...	57
D. Anerkennungsverfahren	58
I. Stifterfreiheit und Anerkennung	58
II. Verfahren bei der Aufsichtsbehörde	58
III. Verfahren bei den Finanzbehörden	59
IV. Entstehung der Stiftung	59
Kapitel 4. Stiftungsregister und stiftungsrechtliche Publizität	61
A. Gründe für die Einführung eines Stiftungsregisters	61
I. Praktisches Bedürfnis	61
1. Stiftungsverzeichnis	61
2. Anwendung von allgemeinen Publizitätsregeln auf Stiftungen ...	62
a) Grundbuch	62
b) Handelsregister	62
c) Rechnungslegungspublizität	63
II. Vertretungsbescheinigung	63
III. Transparenzregister	64
1. Zweck des Transparenzregisters	64
2. Wirtschaftlich Berechtigte	65
B. Stiftungsregister mit Publizität	67
I. Vertrauensschutz	67
II. Aufbau des Registers und Registerführung durch das Bundesamt für Justiz	68
III. Eintragung einer Stiftung	69
1. Inhalt	69
2. Form	71
3. Prüfungsmaßstab	71
4. Name und Rechtsformzusatz	71
IV. Eintragungen während der Existenz der Stiftung	72
1. Eintragung von Änderungen beim Vorstand oder bei besonderen Vertretern	72
2. Eintragungen von Satzungsänderungen	72
3. Eintragung von Zusammenlegung und Zulegung	73
4. Eintragung von Aufhebung, Auflösung oder Liquidation	73
V. Verfahrensfragen	74
1. Beteiligung der Stiftungsbehörden	74
2. Weitere Verfahrensregelungen	74
3. Einsichtnahme	74
Kapitel 5. Stiftungszweck	77
A. Stiftungszweck und Stifterwille	77
I. Stiftungszweck	78
1. Allgemein	78
2. Inhalt und Bestimmtheit	81
II. Ermittlung und Maßgeblichkeit des Stifterwillens	82
1. Der Stifterwille und seine Erscheinungsformen	82
2. Feststellung des Stifterwillens	84
3. Ermittlung des mutmaßlichen Willens	85
4. Auslegung von Satzungsbestimmungen	86
5. Wille zur Fortentwicklung oder zum Verharren	87
6. Klarstellung oder Änderung des Stiftungszwecks	88
7. Gewichtung der einzelnen Stiftungszwecke	90

III. Stiftungszweck und Vermögensausstattung	90
1. Zweckadäquate Vermögensausstattung	90
2. Bestandserhalt oder Werterhalt	92
B. Stiftungszweck und Zweckverwirklichung bei gemeinnützigen Stiftungen	93
I. Vorrang des Gemeinnützigkeitsrechts	93
II. Mittelverwendung für die gemeinnützigen Zwecke	95
III. Zeitnahe Mittelverwendung	97
IV. Rücklagenbildung – Ermessen oder Pflicht	98
C. Stiftungszweck und Zweckverwirklichung bei Familien- und unternehmensverbundenen Stiftungen	99
Kapitel 6. Stiftungsorganisation	103
A. Allgemeine Grundsätze	103
B. Stiftungsvorstand	104
I. Aufgaben und Konzeptabgrenzung	106
II. Geschäftsführungsbefugnis	107
III. Vertretungsmacht	107
C. Weitere Organe	109
I. Besondere Vertreter	109
II. Kontrollorgane	110
III. Berater	111
D. Organbestellung	112
I. Berufung und Abberufung	112
II. Notbestellung	114
E. Entscheidungsverfahren der Organe	116
I. Form	116
II. Mehrheit – Entscheidungsverfahren	117
III. Protokollierung	120
F. Pflichten und Rechte der Organmitglieder	120
I. Aufwendungsersatz und Vergütung	120
II. Umfangreiches Pflichtenprogramm	121
III. Ressortverteilung	122
IV. Sorgfaltsmaßstab	123
V. Ermessensspielraum durch Business Judgement Rule	124
1. Geschäftsführungsentscheidung	124
2. Beachtung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorgaben	125
3. Angemessene Informationsgrundlage	125
4. Vernünftige Annahme	126
5. Zum Wohle der Stiftung	127
VI. Pflicht zur Erfüllung des Stiftungszwecks	128
1. Beachtung der Satzung – Auslegungszweifel	129
2. Beachtung von Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht	129
3. Verfahren in der Stiftung	132
VII. Pflicht zur ordnungsgemäßen Verwaltung des Vermögens	132
1. Vermögenserhalt und Mittelverwendung	132
2. Ermessen der Organe	133
3. Dispositionsbeschränkungen	135
VIII. Genehmigungs- und anzeigepflichtige Rechtsgeschäfte	135

G. Haftung	136
I. Haftung der Stiftung	136
II. Persönliche Haftung der Organe	136
1. Haftung gegenüber der Stiftung	136
a) Pflichtverletzung und Business Judgement Rule	136
b) Verschulden	137
c) Haftungsprivileg durch Gesetz und Satzung	139
2. Versicherung	140
3. Haftung im Außenverhältnis	141
III. Pflicht zur Aufklärung und Durchsetzung von Ansprüchen	142
Kapitel 7. Stiftungsvermögen und Erträge	143
A. Stiftungsvermögen	143
I. Grundstockvermögen	144
1. Gewidmetes Vermögen	145
2. Zustiftungen	146
3. Zu Grundstockvermögen bestimmtes Vermögen	146
II. Sonstiges Vermögen	147
III. Vermögenswachstum	149
IV. Zustiftungen und Spenden	150
V. Erträge der Stiftung	151
VI. Verwaltung des Stiftungsvermögens	152
1. Gesetzliche Regelungen zur Vermögensverwaltung	152
2. Grundsatz der Vermögensstrennung	154
3. Zweckbindung des Stiftungsvermögens	154
4. Vorgaben des Stifters – Vermögensanlagerichtlinien	154
B. Vermögenserhaltung und Vermögensverwaltung	156
I. Pflicht zum Erhalt des Grundstockvermögens	156
1. Gesetzliche Regelung	156
2. Vorgaben des Stifters	158
a) Kapitalerhaltungskonzept	159
b) Satzungsmäßige Ausnahmen vom Erhalt des Grundstockvermögens	162
3. Substanzerhaltung	163
a) Grundsatz	163
b) Wertänderungen	163
c) Risikoreduktion durch Diversifikation	164
4. Nominaler oder realer Werterhalt	165
II. Vermögensumschichtungen	167
1. Zulässigkeit	168
2. Verwendung der Umschichtungsgewinne	169
3. Umschichtungsrücklage	171
III. Handlungspflichten der Organe bei Vermögensveränderungen	172
C. Mittelbeschaffung und Ertragsverwendung	174
I. Mittelbeschaffung	174
1. Gebot der Gewinnerzielung – Verbot des Dauerverlustes	175
2. Steuerrechtliche Qualifikation der Erträge	177
II. Ertragsverwendung	179
1. Satzungsgemäße Verwendung	179
2. Zeitliche Vorgaben zur Verwendung – Rücklagenbildung	182

Kapitel 8. Grundzüge der Stiftungsaufsicht	185
A. Anerkennungsverfahren	185
I. Antrag	185
II. Prüfung	186
1. Untersuchungsgrundsatz und Beratungsfunktion	186
2. Stiftungsgeschäft	186
3. Zweckverfolgung	187
4. Gemeinwohlkonformität	188
III. Entscheidung	188
B. Aufsicht über die bestehende Stiftung	188
I. Maßstab und Funktionen der Stiftungsaufsicht	192
II. Aufsichtsmittel	192
1. Information	193
2. Prüfung	195
3. Beanstandung und Zwangsmittel	196
III. Abberufung und Bestellung von Organmitgliedern	197
C. Satzungs- und Strukturänderungen	200
I. Satzungsänderungen	200
II. Strukturänderungen	201
D. Beendigung der Aufsicht	203
E. Haftung der Aufsichtsbehörde	203
Kapitel 9. Satzungs- und Strukturänderungen	205
A. Einführung	205
I. Praktische Bedeutung von Satzungs- und Strukturänderungen	205
II. Früher sehr unterschiedliche Gesetzesregeln	206
III. Grundlegende rechtliche Prinzipien nach neuem Recht	207
B. Änderungen der Stiftungssatzung	210
I. Einführung	210
II. Grundlegung zum neuen Recht	211
III. Voraussetzungen nach der gesetzlichen Grundkonzeption	213
1. Änderungen des Stiftungszwecks	213
a) Terminologie: Stiftungszweck, Art der Zweckverwirklichung, Zweckbestimmung	213
b) Austausch oder erhebliche Beschränkung eines Stiftungszwecks	214
c) Umgestaltung in eine Verbrauchs- oder eine Teilverbrauchsstiftung	216
d) Änderung anderer Zweckbestimmungen	218
2. Änderungen anderer Zweckbestimmungen und anderer prägender Satzungsbestimmungen	218
3. Änderungen sonstiger Satzungsbestimmungen	221
IV. Von der gesetzlichen Grundkonzeption abweichende Voraussetzungen	221
1. Aufstellung durch den Stifter im Stiftungsgeschäft	221
2. Handlungsmöglichkeiten für vor der Reform errichtete Stiftungen	223
V. Zuständigkeit und Verfahren	225
1. Primär: Satzungsänderung durch die Stiftungsorgane	225

2. Subsidiär: Satzungsänderung durch die Stiftungsbehörde	226
3. Anmeldung zur Eintragung in das Stiftungsregister	226
VI. Steuerrecht	227
C. Umstrukturierungen bei Stiftungen	228
I. Grundlegung	228
II. Ausgliederung unternehmerischen Vermögens	228
III. Zuwendung von Vermögen im Wege der Einzelrechtsnachfolge ...	229
IV. Umgestaltung einer rechtlich nichtselbständigen Stiftung	229
V. Steuerrecht	230
1. Gemeinnützigkeitsrecht	230
2. Einzelsteuern	230
D. Beendigung einer Stiftung	232
I. Früher geltendes Recht	232
II. Grundlegung zum neuen Recht	232
III. Beendigung durch Auflösung oder Aufhebung	235
1. Primär: Auflösung durch die Stiftungsorgane	235
a) Voraussetzungen	235
b) Verfahren	237
2. Subsidiär: Aufhebung durch die Stiftungsbehörde	237
3. Sonderfall: Auflösung bei Insolvenz	238
4. Liquidation, Vermögensanfall	238
5. Anmeldung zur Eintragung in das Stiftungsregister	239
IV. Beendigung durch Zulegung oder Zusammenlegung	239
1. Grundlegung	239
2. Voraussetzungen	241
3. Zuständigkeit und Verfahren	243
a) Primär: Zulegungs- oder Zusammenlegungsvertrag zwischen den beteiligten Stiftungen	243
b) Subsidiär: Zulegung oder Zusammenlegung durch die Stiftungsbehörde	244
c) Anmeldung zur Eintragung in das Stiftungsregister	245
d) Öffentliche Bekanntmachung	245
4. Rechtliche Wirkung	246
5. Gläubigerschutz	246
V. Steuerrecht	247
Kapitel 10. Die Stiftung im Rechtsstreit	249
A. Allgemeines	249
B. Streitigkeiten zwischen der Stiftung und der Stiftungsbehörde	250
I. Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Anerkennungsverfahren .	250
1. Ablehnung der Anerkennung	250
a) Verwaltungsbehördliches Verfahren	251
b) Verwaltungsgerichtliches Verfahren	252
2. Anerkennung mit Nebenbestimmungen	253
3. Untätigkeit der Stiftungsbehörde	254
4. Einwände Dritter gegen die Anerkennung	254
a) Lebzeitige Stiftungserrichtung	254
b) Letztwillige Stiftungserrichtung	255
aa) Verwaltungsbehördliches und verwaltungsgerichtliches Verfahren	255
bb) Zivilgerichtliches Verfahren	256

II. Streitigkeiten über behördliche Maßnahmen	256
1. Befugnisse der Stiftungsbehörde	257
a) Arbeit der Stiftung	257
b) Organbesetzung	257
c) Satzungs- und Zweckänderungen, Strukturmaßnahmen	258
2. Verwaltungsrechtlicher Rechtsschutz	258
a) Anfechtungsklage	258
b) Einstweiliger Rechtsschutz	259
c) Verpflichtungs- und Untätigkeitsklage	259
d) Leistungsklage	260
e) Feststellungsklage und Fortsetzungsfeststellungsklage	260
3. Amtshaftung	261
4. Stiftungsregister	261
C. Streitigkeiten im Zusammenhang mit den Organen und zwischen ihren Mitgliedern	261
I. Allgemeines	261
II. Streitigkeiten über Beschlussmängel	261
1. Folgen von Beschlussmängeln	261
2. Feststellungsklage	262
a) Feststellungsinteresse	262
b) Klagegegner	263
c) Keine Klagefrist	263
d) Urteil	263
III. Einstweiliger Rechtsschutz	264
IV. Leistungsklage	264
D. Streitigkeiten im Zusammenhang mit Destinatären und Anfallberechtigten	264
E. Gleichzeitiges Beschreiten von Verwaltungs- und Zivilrechtsweg	265
F. Streitigkeiten mit dem Finanzamt	266
G. Weitere Hinweise zum gerichtlichen Rechtsschutz	266
Kapitel 11. Rechnungslegung und Prüfung von Stiftungen	269
A. Rechnungslegung	269
I. Stiftungsrecht	269
II. IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Stiftungen mit erweiternden Ausführungen	272
1. Überblick	272
2. Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung mit Vermögensübersicht	273
3. Handelsrechtlicher Jahresabschluss und Lagebericht	276
a) Allgemeines	276
b) Gliederung der Bilanz und GuV	277
c) Bewertung erhaltener Vermögensgegenstände	279
d) Darstellung des Eigenkapitals	280
e) Vermögens- bzw. Kapitalerhaltungskonzepte	285
f) Darstellung der Ergebnisverwendung	289
g) Bilanzierung von Projekt- bzw. Förderverpflichtungen	289
4. Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks	290
III. Handelsrecht	291
IV. Steuerrecht	292

B. Prüfung und Offenlegung	292
I. Prüfung	293
1. Prüfungspflicht	293
2. Prüfungsgegenstand	294
3. Prüfung des Erhalts des Grundstockvermögens bzw. -kapitals	296
4. Prüfung der satzungsmäßigen Verwendung der Stiftungsmittel ..	297
5. Prüfungsbericht und Bestätigungsvermerk	298
II. Offenlegung	298
Kapitel 12. Familienstiftungen und privatnützige Stiftungen	299
A. Stiftungsrechtliche Besonderheiten	299
I. Stiftungszweck	300
II. Stiftungsaufsicht	302
B. Steuerrechtliche Besonderheiten	302
I. Besteuerung der Errichtung einer Stiftung	303
1. Ertragsteuern	303
2. Erbschaft- und Schenkungsteuer	304
3. Fiktive Aufhebung und Neuerrichtung einer Familienstiftung ...	305
II. Laufende Besteuerung der Stiftung	306
1. Ertragsteuern	306
2. Erbschaft- und Schenkungsteuer	307
III. Besteuerung der Destinatäre	309
1. Ertragsteuern	309
2. Erbschaft- und Schenkungsteuer	310
IV. Besteuerung der Aufhebung und Auflösung der Stiftung	310
1. Ertragsteuern	310
2. Erbschaft- und Schenkungsteuer	311
Kapitel 13. Kommunale, Kirchliche und Stiftungen des öffentlichen Rechts	313
A. Vorbemerkung	313
B. Stiftungen des öffentlichen Rechts	313
I. Grundsätzliches	313
II. Gesetzliche Grundlagen	314
III. Errichtung, Strukturänderung und Aufhebung	315
IV. Verfassung und Verwaltung	315
V. Aufsicht	316
VI. Besteuerung	317
C. Kommunale Stiftungen	318
I. Grundsätzliches	318
II. Gesetzliche Grundlagen	319
III. Errichtung, Strukturänderung und Aufhebung	320
IV. Verfassung und Verwaltung	321
V. Aufsicht	321
D. Kirchliche Stiftungen	322
I. Grundsätzliches	322
II. Gesetzliche Grundlagen	323
III. Errichtung, Strukturänderung und Aufhebung	324
IV. Verfassung und Verwaltung	324
V. Aufsicht	325

Kapitel 14. Internationales Stiftungsrecht	327
A. Vorbemerkungen	327
B. International-privatrechtliche Fragestellungen für inländische Stiftungen	327
I. Das internationale Stiftungsstatut	327
II. Das Statut für stiftungsähnliche Rechtsträger	330
III. Abgrenzung zu anderen kollisionsrechtlichen Statuten	330
C. International-steuerliche Themen inländischer Stiftungen	331
I. Steuerliche Fragen bei der Einkünfteermittlung der inländischen Stiftung	331
II. Inländische Familienstiftung mit ausländischem Destinatär	332
III. Die grenzüberschreitende gemeinnützige Tätigkeit inländischer steuerbegünstigter Stiftungen	333
1. Allgemeine Aspekte	333
a) Inhärenter Inlandsbezug bei einzelnen steuerbegünstigten Zwecken des §§ 52 ff. AO	333
b) Beachtung des gesetzlichen strukturellen Inlandsbezugs (§ 51 Abs. 2 AO)	334
c) Erhöhte Mitwirkungspflichten im Auslandssachverhalt	334
2. Unmittelbare Zweckerfüllung	335
3. Mittelbare Zweckverfolgung gemäß § 58 Nr. 1 AO	335
4. Schenkungsteuerliche Aspekte	336
5. Steuerliche Aspekte bei Mitarbeiterereinsatz im Ausland	336
D. Weitere Themen bei der Betätigung im Ausland	336
Anhang	337
I. BGB idF des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Stiftungsrechts und zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes („BGB“)	337
II. Stiftungsregistergesetz (StiftRG)	345
Sachverzeichnis	353

Abkürzungen und Literatur

aA	Anderer Auffassung
Abs.	Absatz, Absätze
Abschn.	Abschnitt
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
ADS	Adler, Hans/Düring, Walther/Schmaltz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, Teilbd. 5, 6. Aufl. 1997
aF	alte Fassung
Andrick, Bernd/ Suerbaum, Joachim	Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen: StiftG NRW, 2016
Andrick, Bernd/Musche- ler, Karlheinz/Uffmann, Katharina (Hrsg.)	Bochumer Kommentar zum Stiftungsrecht, 2023
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
Assmann, Heinz-Dieter/ Schütze, Rolf A./	
Buck-Heeb, Petra	Handbuch des Kapitalanlagerechts, 5. Aufl. 2020
AStG	Außensteuergesetz
Aufl.	Auflage
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Baumbach, Adolf/Hopt, Klaus J.	Handelsgesetzbuch, Kommentar, 40. Aufl. 2021
BayBezO	Bezirksordnung für den Freistaat Bayern
BayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern
BayLKrO	Landkreisordnung für den Freistaat Bayern
BayStG	Bayerisches Stiftungsgesetz vom 26.9.2008 (GVBl. S. 834), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.7.2023 (GVBl. S. 449)
BB	Betriebs-Berater
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BbgLOG	Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung
Berndt, Reinhard/ Nordhoff, Frank	Rechnungslegung und Prüfung von Stiftungen, 2. Aufl. 2019
BFH	Bundesfinanzhof
BayGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 22.8.1998 (GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.7.2023 (GVBl. S. 385, 586)
BewG	Bewertungsgesetz
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des BFH
BGH	Bundesgerichtshof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Beck Bil-Komm	Beck'scher Bilanz-Kommentar, 13. Aufl. 2022
BeckOF-V	Beck'sche Online-Formulare Vertrag, hrsg. von Krauß/Weise
BeckOK BGB	Beck'scher Online-Kommentar zum BGB, hrsg. von Hau/ Poseck

Abkürzungen und Literatur

BeckOGK BGB	Beck'scher Online-Großkommentar zum BGB
Binz, Mark/Sorg, Martin (Hrsg.)	Die GmbH & Co. KG, 12. Aufl. 2018
BlnZustG	Gesetz über die Zuständigkeiten in der Allgemeinen Berliner Verwaltung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BoKoStiftR	Bochumer Kommentar zum Stiftungsrecht, hrsg. von Andrick, Bernd/Muscheler, Karlhein/Uffmann, Katharina, 2023
Brandis, Peter/ Heuer- mann, Bernd (Hrsg.)	Ertragsteuerrecht, 170. Auflage 2024
Brandmüller, Gerhard/ Klinger, Thomas	Unternehmensverbundene Stiftungen, 4. Aufl. 2014
BremStiftG	Bremisches Stiftungsgesetz vom 28. März 2023 (Brem.GBl. S. 325)
bspw.	beispielsweise
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestags
Buchst.	Buchstabe
Burgard, Ulrich	Gestaltungsfreiheit im Stiftungsrecht, 2006
Burgard, Ulrich (Hrsg.) ..	Stiftungsrecht, 2023
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWGemO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
BWLKrO	Landkreisordnung für Baden-Württemberg
BW StiftG	Stiftungsgesetz für Baden-Württemberg vom 4.10.1977, zu- letzt geändert durch Gesetz vom 27.6.2023 (GBl. S. 229)
bzw.	beziehungsweise
Campenhausen, Axel Freiherr von/Richter, Andreas (Hrsg.)	Stiftungsrechts-Handbuch, 4. Aufl. 2014
DB	Der Betrieb
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
ders.	derselbe
dh	das heißt
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
Dylla, Philip	Die Weisungsfunktion des Stiftungszwecks, 2015
E	Entwurf
Ebersbach, Harry	Handbuch des deutschen Stiftungsrechts, 1972
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EGAO	Einführungsgesetz zur Abgabenordnung
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
Grüneberg, Christian (Hrsg.)	Bürgerliches Gesetzbuch, 83. Aufl. 2024
ErbStB	Erbschaftsteuer-Berater
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
ErbStR	Erbschaftsteuer-Richtlinien 2019
EstG	Einkommensteuergesetz
EU-ErbVO	Europäische Erbrechtsverordnung
EuGH	Europäischer Gerichtshof

f.	folgender
ff.	folgende
Feick, Martin	Stiftung als Nachfolgeinstrument, 2015
Festschrift für Flume	Festschrift für Werner Flume zum 70. Geburtstag, hrsg. von Ballerstedt/Mann, 1978
Festgabe für Flume	Festgabe für Werner Flume zum 90. Geburtstag, hrsg. von Jakobs/Picker/Wilhelm, 1998
Festschrift für Baums	Festschrift für Theodor Baums zum 70. Geburtstag, hrsg. von Siekmann, 2017
Festschrift für Reuter	Festschrift für Alexander Reuter zum 65. Geburtstag, hrsg. von Compes/Thümmel/Winkler, 2021
Fleischer, Holger/Mock, Sebastian (Hrsg.)	Große Gesellschaftsverträge aus Geschichte und Gegenwart, 2021
FR	Finanz-Rundschau
Franz, Albert K./Liermann, Hans/Helmut zur Nedden, Hans/Freiherr von Pölnitz, Götz (Hrsg.) .	Deutsches Stiftungswesen 1948–1966: Wissenschaft und Praxis
Frieling, Melanie	Die Familienstiftung als Gestaltungsinstrument im Rahmen der Unternehmensnachfolge, 2015
Fritz, Stefan	Stifterwille und Stiftungsvermögen, 2009
FVG	Gesetz über die Finanzverwaltung (Finanzverwaltungsgesetz)
GS Walz	Zwischen Markt und Staat: Gedächtnisschrift für Rainer Walz, hrsg. von Kohl/Hübler/Ott, 2008
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GewStR	Gewerbsteuer-Richtlinien
ggf.	gegebenenfalls
GmbHR	GmbH-Rundschau
Gollan, Anna K.	Vorstandshaftung in der Stiftung, 2009
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
Gosch, Dietmar/Hoyer, Andreas (Hrsg.)	Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung, Kommentar, Loseblatt mit 182. Aktualisierung 2024
grds.	grundsätzlich
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz
Hannes, Frank (Hrsg.)	Formularbuch Vermögens- und Unternehmensnachfolge, 2. Aufl. 2017
HmbStiftG	Hamburgisches Stiftungsgesetz vom 13.6.2023 (HmbGVBl. S. 211)
Happ, Annette	Stifterwille und Zweckänderung, 2007
HdB	Handbuch
Henssler, Martin/Strohn, Lutz (Hrsg.)	Gesellschaftsrecht, 6. Aufl. 2024
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HKO	Hessische Landkreisordnung
HStiftG	Hessisches Stiftungsgesetz vom 16.2.2023 (GVBl. S. 90)
HessStiftG	Hessisches Stiftungsgesetz vom 4.4.1966, aufgehoben durch Gesetz vom 16.2.2023 (GVBl. S. 90)
Hof, Hagen/Bianchini-Hartmann, Maren/	
Richter, Andreas	Stiftungen, 2. Aufl. 2010

Abkürzungen und Literatur

Hüttemann, Rainer	Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht, 5. Aufl. 2021
Hüttemann, Rainer/ Schön, Wolfgang	Die Vermögensverwaltung und Vermögenserhaltung im Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht, 2010
Hüttemann, Rainer/ Rawert, Peter	in Staudinger, BGB, Neubearbeitung 2017, Kommentierung zu den §§ 80 ff. BGB
Hüttemann, Rainer/ Richter, Andreas/Weit- meyer, Birgit (Hrsg.)	Landesstiftungsrecht, 2011
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IDW, WPH	Edition Öffentliche Hand, besondere Branchen und Non-Profits, 2019
ieS	im engeren Sinn
IStR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
Jakob, Dominique	Schutz der Stiftung, 2006
Jakob, Dominique/Orelli von, Lukas (Hrsg.)	Der Stifterwille: Ein Phänomen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Ewigkeit, 2014
Kap.	Kapitel
König, Ulrich (Hrsg.)	Abgabenordnung (AO), 5. Aufl. 2024
Krauß, Hans-Frieder/ Weise, Stefan (Hrsg.)	Beck'sche Online-Formulare Vertrag, 59. Ed. 2022
Krezer, Caroline	Die Stiftung von Todes wegen im erbrechtlichen Konfliktfall, 2021
Krieger, Gerd/Schneider, Uwe (Hrsg.)	Handbuch Managerhaftung, 4. Aufl. 2023
KrO NRW	Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
KStG	Körperschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4144), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.3.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 108)
Kußmaul, Heinz/ Meyering, Stephan	in Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, hrsg. von Beuthien/Gummert/Schöpfunglin, Band 5, 5. Aufl. 2021
KVG LSA	Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
KV-MV	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern
LfSt Bayern	Bayerisches Landesamt für Steuern
LG	Landgericht
LOG NRW	Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
mAnm	mit Anmerkung von
mE	meines Erachtens
Mecking, Christoph/ Schulte, Martin (Hrsg.) ..	Grenzen der Instrumentalisierung von Stiftungen, 2003
Meincke, Jens Peter/ Hannes, Frank/Holtz, Michael	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz, 18. Aufl. 2021

mglw.	möglicherweise
MHdb GesR V	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts Band 5, hrsg. von Beuthien/Gummert/Schöpfung, 5. Aufl. 2021
MHdb GesR VII	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts Band 7, hrsg. von Born/Ghassemi-Tabar/Gehle, 6. Aufl. 2020
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum BGB, Band 13, Band 13, 8. Aufl. 2021 Münchener Kommentar zum BGB, Band 1, 9. Aufl. 2021
mwN	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NPLY	Non Profit Law Yearbook, hrsg. von Hüttemann/Kötz/Rawert/Schmidt/Walz/Weitemeyer, 2000–2017
npOR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen
Nr.	Nummer, Nummern
NStiftG	Niedersächsisches Stiftungsgesetz vom 11.10.2023 (Nds. GVBl. S. 250)
NWB-EV	NWB Erben und Vermögen
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OFD	Oberfinanzdirektion
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OLG	Oberlandesgericht
Orelli von, Lukas	Zur Auslegung des Stifterwillens, 2019
OVG	Oberverwaltungsgericht
R	Richtlinie
Rawert, Peter	Die Genehmigungsfähigkeit der unternehmensverbundenen Stiftung, 1990
RefE	Referentenentwurf des BMJV für ein Gesetz zur Vereinheitlichung des Stiftungsrechts vom 16. September 2020
RFamU	Recht der Familienunternehmen (Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
Richter, Andreas (Hrsg.)	Stiftungsrecht, 2. Aufl. 2023
Richter, Andreas/ Wachter, Thomas	Handbuch des internationalen Stiftungsrechts, 2007
Rn.	Randnummer, Randnummern
RpfGO	Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz
RPLKO	Landkreisordnung Rheinland-Pfalz
RPLStiftG	Rheinland-Pfälzisches Stiftungsgesetz vom 19.7.2004
RPLStiftG-E	Entwurf für ein Landesstiftungsgesetz für Rheinland-Pfalz vom 5.9.2023
S.	Seite, Seiten
s.	siehe
SaarKSVG	Kommunalselbstverwaltungsgesetz Saarland
SaarLOG	Landesorganisationsgesetz
SaarStiftG	Saarländisches Stiftungsgesetz vom 9.8.2004
SaarStiftG-E	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Stiftungsgesetzes (April 2024)
SächsGemO	Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen
SächsLKrO	Landkreisordnung für den Freistaat Sachsen
SächsStiftG	Sächsisches Stiftungsgesetz

Schauhoff, Stephan/ Kirchhain, Christian (Hrsg.)	Handbuch der Gemeinnützigkeit, 4. Aufl. 2023
Schauhoff, Stephan/Ufer, Uwe (Hrsg.)	Gemeinnützige Unternehmen und Konzerne, 2022
Schick, Julian	Das Argument des „mutmaßlichen Stifterwillens“, 2021
SchlHStiftG	Stiftungsgesetz Schleswig-Holstein Gesetz über rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts von Schleswig-Holstein vom 30.5.2023 (GVOBl. Schl.-H. S. 279)
Schlüter, Andreas/Stolte, Stefan	Stiftungsrecht, 3. Aufl. 2016
Schwalme, Sebastian	Grundsätze ordnungsgemäßer Vermögensverwaltung bei Stif- tungen, 2010
SHGO	Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein
SHKrO	Kreisordnung für Schleswig-Holstein
SHIVwG	Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Hol- stein
s. oben	siehe oben
sog.	sogenannter, sogenannte, sogenanntes
Söffing, Andreas/Blusz, Pawel	in Handbuch der Vermögensverwaltung, hrsg. von Schäfer/ Sethe/Lang, 3. Aufl. 2022
Stettner, Rupert	Die Stiftung des öffentlichen Rechts, 2012
StGB	Strafgesetzbuch
StiftGBbg	Stiftungsgesetz für das Land Brandenburg
StiftG Bln	Berliner Stiftungsgesetz vom 22.7.2003
StiftG Bln-E	Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Berliner Stif- tungsgesetzes (August 2023)
StiftG LSA	Stiftungsgesetz Sachsen-Anhalt vom 13.5.2024
StiftG M-V	Stiftungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 7.6.2006, zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.10.2023 (GVOBl. M-V S. 734)
StiftG NRW	Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 30. Mai 2023 (GV. NRW. S. 340, S. 1128)
StiftRG	Stiftungsregistergesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2947, 2953)
Stumpf, Christoph/Suer- baum, Joachim/Schulte, Martin/Pauli, Rudolf	Stiftungsrecht, 3. Aufl. 2018
ThürKO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung
ThürStiftG	Thüringer Stiftungsgesetz vom 16.12.2008 (GVBl. S. 561)
Tipke, Klaus/Kruse, Heinrich Wilhelm	Abgabenordnung, Finanzgerichtsordnung, Kommentar, Lose- blatt mit 180. Aktualisierung 3/2024
Tz.	Textziffer
UmwG	Umwandlungsgesetz vom 28.10.1994 (BGBl. I S. 3210, ber. 1995 I S. 428), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 411)
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2782, 2791), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.3.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 108)

UStAE	Umsatzsteuer-Anwendungserlass vom 1.10.2010 (BStBl. I 2010 S. 846), zuletzt geändert durch BMF vom 17.5.2024 (BStBl. I 2024, zzz)
UStG	Umsatzsteuergesetz vom 21.2.2005 (BGBl. I S. 386), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.3.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 108)
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
Wallenhorst, Rolf/ Halaczky, Raymond	Die Besteuerung gemeinnütziger und öffentlich-rechtlicher Körperschaften, 7. Aufl. 2017
Werner, Olaf/Saenger, Ingo/Fischer, Christian (Hrsg.)	Die Stiftung, 2. Aufl. 2019
Winheller, Stefan/Geibel, Stefan J./Jachmann- Michel, Monika (Hrsg.) .	Gesamtes Gemeinnützigkeitsrecht, 3. Aufl. 2023
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WPH	IDW, WPH Edition, Öffentliche Hand, besondere Branchen und Non-Profits, 2019
zB	zum Beispiel
ZErb	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSt	Zeitschrift zum Stiftungswesen
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen

